

## Willeke: Volkswirtschaftslehre

27.08.2007

- **Inhalt** dieses Repetitoriums
  - Konjunktur und Wachstum
  - Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
  - **Geld, Geldwert und Inflation**
  - Wirtschaftspolitik im Überblick
  - **Stabilitätspolitik**

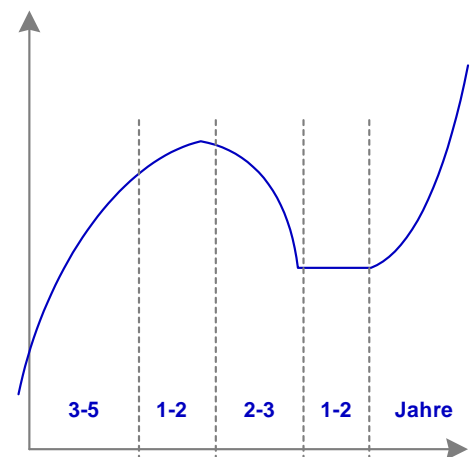
Makroökonomik

- Markt, Marktformen und Wettbewerb
- Wettbewerbspolitik
- Struktur, Strukturwandel und Strukturpolitik („Industriepolitik“)
- Außenwirtschaft, Zahlungsbilanz und Globalisierung

- **Literaturempfehlung:** Mussel, Gerhard und Pätzold, Jürgen: „Grundlagen der Wirtschaftspolitik“  
Koch, Walter und Szogalla, Christian: „Grundlagen und Probleme der Wirtschaftspolitik“  
Teichmann, Ulrich: „Grundriss der Konjunkturpolitik“

### Konjunktur und Wachstum

- Konjunktur und Wirtschaftswachstum sind eng verknüpft
  - ⇒ **Konjunktur** meint das „Auf und Ab“, die Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung
    - Aufschwung → Boom/ Hochkonjunktur →
    - Abschwung → Tiefstand/ Rezession
  - ⇒ die Erscheinung der **Konjunkturzyklen** bezeichnet das Schwanken der Wirtschaftsleistung
  - die Abschwung- ist üblicherweise kürzer als die Aufschwungphase, dabei stellt sich die Aufgabe, den Abschwung zügig in einen Aufschwung zu überführen, um die Gefahr einer Depression (Stagnation, „Volkswirtschaft bewegt sich auf der Talsohle“) zu mindern



Mengenkonjunktur    Preiskonjunktur

- bei der **Mengenkonjunktur** wird das Wachstum ohne Inflation erreicht, da zusätzliche Nachfrage aus Lagern und vorhandenen Kapazitäten gedeckt werden kann; wurde nicht in ausreichendem Maße in weitere Kapazitäten investiert, steigen in der Phase der **Preiskonjunktur** bei deutlich weiter erhöhter Nachfrage auch die Preise

- noch vor einigen Wochen (vor der Krise der Immobilienfonds in den USA<sup>1</sup>) hätte Willeke der BRD attestiert, sich „am Ende eines Aufschwungs“ zu befinden, heute müssen sogar die geplanten Zinssteigerungen wahrscheinlich ausgesetzt werden – die Frage ist, ob die spezifischen Probleme dieses Sektors auf die Realwirtschaft (produzierendes Gewerbe) übergreift

### Multiplikatoreffekt

- ausgehend von einer Konjunkturflaute (Rezession) können der Wirtschaft unterschiedliche Situationen Impulse geben
  - **Senkung der Leitzinsen**
    - ⇒ bei uns ehemals auf 2% und in den USA auf 1%
    - ⇒ dadurch Verbilligung der Kredite
  - **Konjunkturprogramme des Staates**
    - ⇒ Zurverfügungstellung zusätzlicher Kredite unter Inkaufnahme zusätzlicher Neuverschuldung
      - dieses Verhalten schreibt das StabG vor, aber auch, dass dann in der nächsten konjunkturellen Hochphase die dabei entstandenen Schulden getilgt werden
    - ⇒ beachte EU-seitig die Vorgaben der Konvergenzkriterien aus dem Stabilitätspakt<sup>2</sup>
  - **Steuersenkungen**
  - **Exportüberschuss**
  - stärkere **Konsumnachfrage, Senkung der Sparquote**

in den Lehrbüchern wird gerne eine **staatliche Investition als Anstoß** für den (Investitions-)

**Multiplikatoreffekt** genannt; weiterer Vorgang:

autonome Investition → zusätzliche Nachfrage (Straßenbau, Eisenbahnausbau, ...) →

→ zusätzliche Produktion im Investitionssektor → zusätzliche Beschäftigung →

→ zusätzliches Einkommen → zusätzlicher privater Konsum → zusätzliche

Produktion im Konsumsektor<sup>3</sup>

⇒ für die Größe des Multiplikatoreffekts ist die Sparneigung relevant, – er wäre am größten, wenn das zusätzliche Einkommen vollständig für den Konsum verwendet würde

$\Delta I \longrightarrow \Delta C$
-------------------------------------

<sup>1</sup> Probleme haben insbesondere die Spezialbanken, die sich mit Baufinanzierung beschäftigen und nun mit einer Vielzahl notleidender Baukredite zu kämpfen haben

<sup>2</sup> Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (kurz: Euro-Stabilitätspakt) ist eine Vereinbarung, welche im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion für einen stabilen Euro sorgen soll, indem vor allem die Neuverschuldung der Mitgliedstaaten begrenzt wird. Im Maastricht-Vertrag von 1992 einigten sich die EG-Mitgliedstaaten auf so genannte Konvergenzkriterien, die Staaten erfüllen müssen, die der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion beitreten und den Euro einführen wollen. Auf Initiative des damaligen deutschen Finanzministers Theo Waigel wurden zwei dieser Kriterien auf dem EG-Gipfel 1996 in Dublin auch über den Euro-Eintritt hinaus festgeschrieben. Dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt fordert von den Euroländern in wirtschaftlich normalen Zeiten einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt, damit in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten Spielraum besteht, durch eine Erhöhung der Staatsausgaben die Wirtschaft zu stabilisieren (Neuverschuldung maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts). Ziel des Paktes ist die Förderung von Stabilität und Wachstum im Euroraum. Das Regelwerk soll dabei insbesondere verhindern, dass durch ein übermäßiges Verschuldungsverhalten der Euroländer die Inflation steigt und Unsicherheit entsteht. Des Weiteren soll durch den Pakt die politische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) untermauert werden, da nicht ausgeschlossen ist, dass ein Mitgliedstaat mit hohem Defizit, Druck auf die EZB ausübt, um diese z. B. zu einer Niedrigzinspolitik anzuhalten, da hochverschuldete Staaten ein natürliches Interesse an einer inflationsbedingten Verringerung ihrer Verbindlichkeiten haben und somit tendenziell eine lockere Geldpolitik bevorzugen. Die EZB hingegen verfolgt als primäres Ziel die Gewährleistung der Geldwertstabilität, da aus einer übermäßigen Inflation negative soziale und wirtschaftliche Folgen resultieren. Ein weiteres Ziel war wohl implizit auch, die so genannten Crowding-out Effekte hoher Staatsverschuldung in den Mitgliedsländern zu beschränken, um beispielsweise die Gefahr einer Überschuldung eines Mitgliedstaats zu reduzieren. Dies ist erforderlich, weil in einer Währungsunion die Finanzmärkte das Fehlverhalten eines Mitgliedes der Währungsunion nicht mehr sanktionieren und dadurch die Gefahr besteht, dass alle Mitglieder der Union insgesamt für die Schulden dieses Landes geradestehen müssen in Form von höheren Zinsen. Darüber hinaus verfolgt der Pakt die Zielsetzung, die noch nicht existierende gemeinschaftliche Finanzpolitik der Europäischen Union zu ersetzen und die Integration Europas zu fördern. Er wird daher auch als „Minimalvariante einer politischen Union“ bezeichnet. [wikipedia]

<sup>3</sup> „induzierter Mehrkonsum“

- zum Multiplikatorprozess kommt der **Akzeleratorprozess** („Beschleunigung“), indem ausgehend vom zusätzlichen Konsum Investitionen induziert werden, sobald vorhandene Kapazitäten ausgelastet sind (weshalb der Akzeleratorprozess nicht zu Beginn eines Aufschwungs vorkommt) und dadurch weitere Impulse für den Multiplikatorprozess geliefert werden
  - ⇒ unabhängig von diesem Kreislauf kann der Staat den Aufschwung durch *zusätzliche* autonome Investitionen befördern
  
- bei ersten HR-Verknappungen steigt die Macht der Gewerkschaften, Löhne steigen stärker als die Produktivität und es droht inflationäre Überhitzung; die EZB steckt zunehmend in einem Dilemma: um eine Überhitzung zu verhindern, müssen die Zinsen erhöht werden, damit der Geldwert stabil<sup>4</sup> bleibt – andererseits möchte die EZB den Boom nicht abwürgen
  - ⇒ Politiker reagieren bei Leitzinserhöhungen ohnehin meistens negativ
  - ⇒ Geschäftsbanken sind ebenfalls unzufrieden, – sie haben vielleicht bei kleinerem Zinssatz Kredite vergeben, die nun für sie teurer werden
    - in jedem Falle wird die Refinanzierung teurer, darum wird die Kreditvergabe reduziert, was die Investitionstätigkeit der Wirtschaft hemmt
  - ⇒ deshalb warnen die EZB und die Fed sehr früh, um nicht später zu stark bremsen zu müssen

---

<sup>4</sup> <= 2% Inflation